

5. Schulpolitisches Forum der Lehrerverbände im SBB:

Wie viel Eigenverantwortung verträgt Schule?

Das 5. Schulpolitische Forum der Lehrerverbände im Sächsischen Beamtenbund (SBB) und der CDU-Landtagsfraktion am 26. Januar 2013 in Dresden stand ganz im Zeichen der Übernahme von mehr Eigenverantwortung durch Schulen. Dabei lag der Fokus der Diskussion auf der Frage, wie viel Eigenverantwortung Schule wirklich verträgt. Deutlich wurde, dass Eigenverantwortung auch eigene Gestaltung bedeutet und dass die Schulleitungen dafür vor allem Zeit benötigen.

Der stellvertretende Landesvorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes, Gerhard Pöschmann, stellte in seiner Begrüßungsrede klar, dass Eigenverantwortung viele Facetten beinhaltet. Während Schulleiter möglicherweise größere Gestaltungsräume suchen, schaut das Lehrpersonal eher skeptisch auf diese Entwicklung, überträgt sie doch eine größere Machtkompetenz auf die Schulleitungen. Dazu gehören neben der Entscheidungsfreiheit über die Verteilung der Finanzen an der Schule auch eine größere Mitsprache (in einigen Bundesländern auch die volle Entscheidungskompetenz) über die Einstellung von Personal. „Aber wer einstellt, der muss auch kündigen“, warnte Gerhard Pöschmann in seinem Vorwort. Auch der Staat darf sich nicht in dem Glauben, die Schulen regeln jetzt alles selbst, aus der Verantwortung zurückziehen. Schulen müssen mit eigenen Konzepten reagieren. Die bereits jetzt vorhandenen Schulprogramme sind nur ein erster Anfang. Um Fehlentwicklungen vorzubeugen, muss die Kultusverwaltung, mehr als bisher, an den Schulen präsent

sein und helfend eingreifen können.

In ihrem Impulsreferat betonte die Kultusministerin Brunhild Kurth, Ziel sei es, die Qualität von Schule zu verbessern. Freiheit bedeute aber immer auch Verantwortung. Sie könne sich deshalb eine größere Mitsprache der Schulleitungen bei der Einstellung von Lehrpersonal vorstellen. Die geforderten „schulscharfen“ Ausschreibungen von Lehrerstellen setzten aber ein Überangebot bei Lehrkräften voraus, welches es derzeit nicht gibt. Gewollt sei in diesem Zusammenhang auch die Auslagerung der Ganztagsangebote aus den Lehraufträgen. Sie betonte, dass der Fokus für Eigenverantwortung in der pädagogischen Arbeit liegen muss. Damit könne man Individualität stärker fördern. Auch eine dezentrale Steuerung von Bildung und Erziehung wäre dann besser möglich. Sie stellte aber auch klar, dass der Prozess der Übernahme von mehr Eigenverantwortung durch Schulleitungen eine gründliche Vorbereitung voraussetzt. Zu diesem Zweck wird man in der nächsten Zeit das Gespräch mit den Schullei-



tern suchen und angedachte Maßnahmen nur in kleinen Schritten vorantreiben.

Prof. Wolfgang Böttcher (Westfälische Wilhelms-Universität Münster) unterstrich in seinem Hauptreferat, dass Autonomie von Schule keine Verbesserung der Lernleistungen der Schüler mit sich bringt, sondern eher die Verwaltung von Schulen betrifft. Sein Credo, die Schulen müssen zuerst die grundlegenden Erwartungen der Schüler erfüllen, wurde von den Anwesenden in der nachfolgenden Diskussion bestätigt. Zu diesen Basics gehören verbindliche und klare Standards, die Sicherung von Allgemeinbildung, Gerechtigkeit, soziale Integration sowie die Umsetzung des Zusammenhangs von Globalisierung und kultureller Vielfalt. Erst dann kann man sich besonderen Interessen, Profilbildung, begrenztem Wettbewerb oder regionalen Bezügen zuwenden.

In den Erfahrungsberichten kamen sowohl Schulleiter aus Sachsen als auch aus Niedersachsen, wo Eigenverantwortung seit circa zehn Jahren praktiziert wird, zu Wort. Beide stellten klar, dass Schulleitun-

gen für einen solchen Prozess Zeit benötigen. Die in Sachsen stattfindende Entwicklung beschneide die Lehrkräfte und Schulleitungen eher in ihren Freiheiten. Ein Umdenken wäre nötig, so Elke Richter, Schulleiterin am Humboldt-Gymnasium Radeberg. Herr Rainer Starke, Schulleiter des Viktoria-Louise-Gymnasiums Hameln und Beisitzer im Vorstand des Deutschen Philologenverbandes, berichtete, dass eine solche Freiheit auch durchaus Vorteile für eine Schule haben könne. Es müsse allerdings eine gute Personalausstattung der Schule mit pädagogischem und Betreuungspersonal geben, denn Eltern messen ihm an der Unterrichtsversorgung seiner Schule und weniger an der Anzahl von Arbeitsgemeinschaften. Beate Müller, Vorsitzende des Bezirkspersonalrates Chemnitz, stellte den Zusammenhang von vorhandenen Lehrkräften und der Unterrichtsversorgung in Sachsen noch einmal dar und unterstrich damit, dass zur Übernahme von Eigenverantwortungen durch Schulen viele Voraussetzungen stimmen müssen. ■